

Logoff Europe - ist der Innovationszug für dich abgefahren?

Die bang anmutende Frage, ob der Innovationszug bereits abgefahren ist und Europa in Bezug auf die gesamte Netzwelt vor einem *Logoff* steht, hat das Forum von nic.at, SWITCH und DENIC mit Bedacht in der bildhaften Sprache der Mainstream-Diskussion formuliert. Gemeint ist selbstverständlich nicht, dass sich Europa aus dem gesamten Netz abmeldet, sondern der vorherrschende Eindruck, dass Europa und speziell Deutschland womöglich seine Vorreiterrolle im ganzen Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik samt deren Anwendungen verloren hat. Das in der Diskussion gerne verwendete Sammelwort „Innovation“ meint selbstverständlich die *Invention* als solche, aber auch deren Erfolg im Markt, also der *Innovation* in der Definition von Joseph Schumpeter und ihrer Auslegung seit 1911. Um es vorweg zu sagen: Die Veranstalter erwarten auf die Titelfrage alles, doch keinesfalls ein bündiges „Ja“.

Drei Unterfragen stellten die Veranstalter daher unter dieses Titelthema:

- Erstens: Warum kommen Innovationen der Netzwelt immer mehr aus Asien und den USA und kaum mehr aus Europa?
- Zweitens: Verschlafen wir Europäer die Trends – und somit auch die Möglichkeit zur Mitgestaltung?
- Und Drittens: Was wäre notwendig, um Innovation nachhaltig zu fördern?

In der redundanzbefreiten rationalen Sprache einer Powerpointwelt heißen diese wohl:

- Erstens: *Was ist?* Zweitens: *Warum ist das so?* Und drittens: *Was sollte wer nun tun?*

Die zeitsparenden Antworten wären genau so rationell wie vieldeutig. Vieldeutigkeit ist aber ein hinderlicher Baustein für eine rationale und zielführende Diskussion. Es ist noch nirgends gelungen, mit einer Aufreihung von Überschriften zu etwas anderem als einem kurzlebigen „Powerpoint-Konsens“ (vgl. Klump 2007, 340) zu kommen. Die für eine tiefer gehende Diskussion notwendige Text-Exegese muss aber nicht allzu sehr schrecken, weil die Texte sich seit 20 Jahren in starkem Maße gleichen beziehungsweise sogar wiederholen. Dies ist nicht etwa einem Plagiatstrend oder anderer Einfallslosigkeit geschuldet, sondern ganz gewiss nur der Kongenialität aller Diskutanten. Und dann und wann vielleicht auch der Versuchung von „copy and paste“.

Eine notwendige Einschränkung vorweg: Ein öffentlicher kritischer Diskurs über Europa, die EU-Gesetzgebung, die EU-Kommission bis hin zum Euro ist *für alle Befürworter einer europäischen Einigung in Friede und Freiheit* schwieriger geworden. Denn diese sehen den jahrhundertelangen historischen Hintergrund von schon in sich selbst zersplitterten Nationalstaaten, den wirtschaftlichen Hintergrund eines stagnierenden Wachstums seit 1973 sowie den soziokulturellen Hintergrund einer globalisierten Welt. Denjenigen, die das alles nicht sehen oder sehen wollen, will man ja keine Vorlage für populistische Berechnungen (zum Beispiel von Fehlern der EU) bieten, die nachvollziehbar schnell eine mehrstellige Milliarden dimension erreichen. Dass sich hinter der Feststellung „Friede in Europa seit 70 Jahren“ allein ökonomisch (ganz zu schweigen von menschlichem Leid) ein mehrstelliger *Billionenbetrag* verbirgt, lässt sich leider nicht ebenso populistisch wirksam vorrechnen. Speziell schwierig ist das für Deutschland, weil man zwar so etwas eine Exportorientierung oder sogar Exportweltmeisterschaft besprechen, aber nicht den komparativen Zusammenhang mit der eigenen Wohlfahrt herstellen darf. Bei aller gebotenen Rücksicht ist also der Beifall von der falschen Seite wohl leider unvermeidlich.

Innovation – Was ist damit gemeint?

In den neunziger Jahren erlebte nicht nur Deutschland eine *Innovationsoffensive* nach der anderen, die allein im Jahre 1995 per Google-Anfrage vom Bund Deutscher Industrie bis zum Gemeinderat Ulm, von Bayern bis Berlin und von Norddeutschlands Oldenburg bis ins österreichische Burgenland zumindest im Netz unvergesslich ist. Außer dem Internet, das ja nichts vergisst, erinnert sich allerdings niemand mehr so recht daran.

In der Diskussion gerade über die „digitale Netzwelt“ ist inzwischen der Begriff „Innovation“ geradezu inflatorisch in Wirtschaft und Politik, vor allem aber in der PR-Beratung zu einem *buzzword* für alles Mögliche geworden, weil der Begriff überall auf jeden Fall eine positive Konnotation hat. Im Sprachgebrauch ist vergleichsweise besser als die *Innovation* nur noch *mehr Innovation*. Ein Marketing-Manager der Fahrzeugelektronikbranche sieht sogar pleonastisch die „*neue Innovation*“ als Gefahr für Marken, die Produkte mit diesen Innovationen nicht vertreiben“.

Kein Wunder: Innovationen sind der Erfolg von Inventionen im Markt. Der Markt als Mechanismus von Angebot und Nachfrage ist seit Urzeiten als ein tragender Pfeiler der menschlichen Gesellschaft anzusehen. In der Diskussion wird der Marktmechanismus allerdings meist mit der Marktorganisation verwechselt. Die ideologische Diskussion über den unterschiedlichen Interventionsgrad auf der Plattform des Marktes zeigt dies

immer wieder. Die staatsbürokratische Steuerung kann nach dem Langzeitexperiment UdSSR für alle Zeiten als gescheitert angesehen werden, die staatsdiktatoriale Kommandowirtschaft wie Nordkorea zeigt Unmenschliches im Bereich von Wirtschaft und Versorgung.

Auf der anderen Seite haben gerade auch die Vertreter der klassischen neoliberalen Schule der Marktwirtschaft neben dem *Monopol* auch dessen Antipoden, den *ruinösen Wettbewerb* und ebenso heftig die *Nachtwächterrolle* fundamentalkritisch bekämpft. Der über ein Jahrhundert währende Gegensatz hat nach dem Verschwinden des Kommunismus auch die Bezeichnung Kapitalismus zum bloßen historischen Stichwort werden lassen. Dass es auf der Plattform des Marktes weiterhin weltweit und noch auf lange Zeit hin sehr unterschiedliche Konstrukte gibt, ist leicht zu erkennen: Vom „ungezügeltten Kapitalismus“, sprich: einem von Regeln oder gar demokratisch beschlossenen Marktordnungsgesetzen weitgehend freien Verhalten der Wirtschaftsakteure reichen diese bis hin zu einer flächendeckenden sozialen Marktwirtschaft mit allen eingebauten „checks and balances“ und kontrolliertem Einhalt festgelegter Rahmenbedingungen.

Eine ungarische Ökonomin hat es treffend kurz formuliert: „Gemäß Schumpeter ist es wichtig, dass man zwischen Invention und Innovation unterscheidet. Inventionen sind bloße Ideen, Prototypen, Konzeptentwicklungen vor der Markteinführung, Innovationen sind deren Umsetzung bzw. deren Verwertung auf dem Absatzmarkt. Eine Invention ist für Schumpeter nur die Generierung einer Idee, erst die Innovationen, also die vermarkteten Inventionen geben der Wirtschaft einen Aufschwung. Schumpeters Interesse liegt nicht an den technologischen Neuerungen, sondern vielmehr auf der wirtschaftlichen Seite. (Borbély 2008, 402). Auch der Innovationsmonitor 2012 des Instituts der Deutschen Wirtschaft, das gerne auch die messbare Innovationskraft betrachtet, kommt zum Ergebnis „Der Innovationserfolg ist das Ergebnis der Umsetzung einer neuen Idee am Markt“ (Erdmann et al. 2012, 13).

Auf dieser *Plattform des Marktes* also ist die Innovation zu betrachten. Der Marktmechanismus kann allerdings die Bedürfnisse von Menschen und Gesellschaften erst erkennen, wenn diese sich als *kaufkräftiger Bedarf* manifestieren. Dass der Marktmechanismus gegenüber Bedürfnissen der Zukunft – etwa: Vermeidung der Erderwärmung oder Energieersparnis – vollkommen „blind“ ist, meint also keine Kritik am Markt als solchem, sondern ist dessen unabänderlich nicht vorhandene Eigenschaft. Dass Wirtschaftssubjekte auf zukünftigen Bedarf hin agieren, dass dies Erfinder und Tüftler ebenfalls tun und dass sogar neue Bedürfnisse nach neuen Techniken oder Prozessen erzeugt werden, alles ist auf dieser Plattform des Marktes möglich. Übrigens auch jede Regierungsform.

Es wäre ignorant, wenn man die vieldeutige Benutzung des Wortes Innovation in der aktuellen Diskussion außer Acht ließe, so notwendig einem auch die Korrektur eines wichtigen Begriffs der Ökonomie erscheinen mag. Ein Innovationslabor-Workshop hat 2012 eine weiter gehende Definition gefunden: „Innovation, (...) wird im Allgemeinen für Erfindungen verwendet, die sich in die Lebenswelt integriert haben. Man spricht also üblicherweise dann von einer Innovation, wenn die Idee oder Erfindung auch ihren Weg in die Praxis gefunden hat“ (I&G, 19). Lebensweltlich kann man gewiss alles Neue als Innovation bezeichnen. Damit wäre auch jede Prozessverbesserung eine Innovation, ebenso der nachweisliche Erfolg der Idee einer roten Verkehrsampel, die wir alle als „Aufforderung zum Stopp“ akzeptiert haben.

Das Think-Tank-Labor beurteilt die Lage der Innovation in Deutschland so: „Zwar besitzt Deutschland dem Innovation Union Scoreboard zufolge die besten Innovatoren Europas, aber Probleme existieren bei der *Umsetzung von Innovationen* als konkrete Produkte, bei der Umsetzung und Integration aktueller Forschungsergebnisse in diese Produkte und auch bei der Gründung von Unternehmen – ein Prozess, der eher als Bremse denn als Antrieb aufgefasst wird. Kritisiert werden die *staatlich gesetzten Rahmenbedingungen* für Forschung und Innovation, da es nur wenig Unterstützung für die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten von Unternehmen gebe. Zudem wird Deutschland als nicht sonderlich innovativ wahrgenommen, was den Einsatz aktueller Informations- und Kommunikationstechnologien in öffentlichen Einrichtungen angeht“ (ebenda).

Innovationszunahme Ostasien und USA - warum?

Nicht nur beim Thema Innovationen kommt immer wieder der Vergleich Europa, USA und Ostasien auf. Selbst bei der Betrachtung der globalen Märkte und Marktpotentiale ist die Chartware der Übersichtlichkeit halber auf diese „Triade“ konzentriert. Man möchte es nicht glauben, aber diese Darstellung übersieht völlig, dass die USA im Unterschied zu Europa und Ostasien im ökonomischen Maßstab einen Kontinent darstellen, der zudem von *einer* Sprache, *einer* Kultur und *einer* gesellschaftlichen Ordnung gekennzeichnet ist. Demgemäß ist der geographische Kontinent Australien ökonomisch ein Land. Geographie hilft dabei nicht: Peking ist etwas größer als Schleswig-Holstein, hat aber etwas mehr Einwohner als Rumänien. Nur sechs der 28 EU-Länder haben mehr Einwohner als die Stadt Peking allein.

Ostasien als einen zusammenhängenden Teil, als *Triade*, zu betrachten, ist noch verwunderlicher (Pohlmann 2005, 157). Denn zwischen China und Japan, zwischen Japan und Korea gibt es keine wie immer geartete Einigkeit, sondern eher so etwas wie einen ökonomischen Wettbewerb gerade noch unterhalb der Waffeneinsatzschwelle. Die Tatsache, dass japanische Exporte nach China seit 2009 höher sind als die Exporte

in die USA und dass koreanische Exporte nach Japan ebenfalls die nach den USA übersteigen, zeigt, dass diese Länder ihre jeweiligen Strategien auch in Drittmärkte ohne eine „kontinentale Einigkeit“ verfolgen.

Soziokulturelle Unterschiede zeigt das Beispiel Wirtschaft: Zwischen zwei US-Unternehmen, die untereinander um einen Inlands-Markt auch im denkbar schärfsten Wettbewerb stehen, gibt es keine Minute, in der besprochen werden müsste, dass ganz selbstverständlich am Ende möglicherweise vorhandene nicht-amerikanische Mitbewerber auf jeden Fall verlieren werden. Die Makroökonomie hält dafür seit Adam Smith die „*informellen Institutionen*“ als Erklärung bereit, also ungeschriebene Verhaltensregeln.

Im Kontinent Europa bzw. der EU müsste so etwas hingegen ausführlich besprochen werden, wenn aber dieses Gespräch zu lang und womöglich am falschen Ort geführt würde, hielte Europa oder der jeweilige Nationalstaat die recht *formelle* Institution „Kartellbehörde“ bereit. In der EU gibt es keine „ungeschriebenen Verhaltensregeln“, sondern schriftliche Festlegungen in allen Amtssprachen. China, das inzwischen nicht nur wegen seiner Bevölkerungszahl mit wachsender Kaufkraft zu Recht als Akteur *kontinentalen* Ausmaßes betrachtet wird, könnte über einen Konkurrenzkampf zweier amerikanischer Firmen *untereinander* sogar nur ungläubig den Kopf schütteln. In Max Webers ‚Wirtschaftsethik der Weltreligionen Konfuzianismus und Taoismus‘ wird das Stichwort „Kartell“ nur im Zusammenhang mit Feudalfürsten erwähnt, womit wirklich nichts gegen das 2008 eingeführte neue Wettbewerbsrecht in China gesagt sein soll, das ja auch bei eventuellen binnenchinesischen Angelegenheiten ganz bestimmt angewendet würde.

Halten wir fest: Unter der *Regulierung des Wettbewerbs* ist beziehungsweise wird in Deutschland und Europa in aller Ernsthaftigkeit etwas schriftlich ausgehandelt und fixiert, wofür es in anderen Ländern eher ungeschriebene Verhaltensregeln gibt. Aber niemand sollte weiterhin ernsthaft die Idee verfolgen, es einfach diesen Ländern gleich zu tun. Insbesondere in der schlagwortartigen Verkürzung erscheint dies wie ein Lobbyisten-Notschrei: Die Wirtschaftswoche vom 26. Oktober 2013 meldete, dass „der designierte Vorstandschef der Deutschen Telekom, Timotheus Höttges, Bundeskanzlerin Angela Merkel und hochrangige Politiker in Deutschland und der EU aufgefordert hat, die Regulierung und Wettbewerbskontrolle im Telekom-Markt drastisch abzubauen“. Kurz und schmerzhaft formuliert, übernehmen wir in Europa auch nicht den Produktionsfaktor der Kinderarbeit, nur weil diese in anderen Weltregionen nachweislich zu strukturell billigeren Angeboten im Markt führt. Europa versucht vielmehr den weitaus schwierigeren Weg, über seine Marktnachfragemacht Hürden für von Kinderarbeit geprägte Produkte wenigstens sukzessiv aufzubauen.

Einen großen Unterschied machen in Europa die Statistiken: Im Gegensatz zu den Ländern Ostasiens schaut Europa zunächst und vor allem auf den Wettbewerb untereinander, und besonders in Deutschland sogar auf den Wettbewerb zwischen den Bundesländern. Etwas Vergleichbares gibt es im kontinentalen USA und seinen Bundesstaaten nicht. Der von der Milchwirtschaft geprägte US-Bundesstaat Wisconsin, der im BSP pro Kopf auf Platz 25 liegt, macht im Webauftritt nicht einmal Angaben über seine Netz-Infrastruktur. Reisende haben mir im Jahr 2013 berichtet, dass sie in Ermangelung einer Mobilfunkabdeckung in einer Kleinstadt zwar eine „kommunale Telefonzentrale mit handvermittelnder Telefonistin“ fanden, dass diese aber von dort keine direkte Telefonleitung nach Deutschland schalten konnte. Von einem kommunalen Hilfeschrei aus Wisconsin, dass ohne schnelles Internet demnächst die Milchwirtschaft zusammenbricht, ist nichts zu hören. Das Hightech-Land USA hat damit also keine Probleme, in Deutschland müssten womöglich ganze Regierungs- und Verwaltungs-Stockwerke in Bund, Ländern und Gemeinden kollektiv zurücktreten. Zumindest aber droht ihnen das neuartige Zwangsmittel der Netzöffentlichkeit, nämlich „*Online unter Druck*“ zu kommen

Auch in den USA gibt es keine vorgeschriebene „Gleichheit der Lebensverhältnisse“ und niemand könnte eine Netzbetreiberfirma zwingen, diesem Zustand des „Nonlining“ abzuhelpen. Auch in den regelmäßigen „runden Tischen“ der FCC zum Infrastrukturausbau kam es jeweils zur Aufforderung aller Beteiligten von Staat und Wirtschaft an die Firma Google, doch ihre Milliardengewinne in den vorleistenden Ausbau der Netze zu stecken, was diese zwar positiv aufnahm, aber mit der simplen Frage, wie denn der Payback dieser ausgegebenen Milliarden erfolgen werde, den Diskussionsverlauf in die nächste jahrelange Runde schickte.

In Südkorea verfügt nach OECD-Angaben bereits jeder Bürger über einen schnellen Breitbandanschluss sowie über ein Mobiltelefon. Dass Südkorea vor der Glasfaserverkabelung außer Mittelwellensendern nichts hatte, keine flächendeckenden TV- oder Radiosender, kein Telefon-Sternnetz und kein TV-Verteilnetz, sondern die digitale Infrastruktur praktisch als erste Generation der Medienversorgung mit all ihren Möglichkeiten der Digitaltechnik aufgebaut hat, wurde in Deutschland vergleichend bitter beklagt. Dass getätigte Infrastruktur-Investitionen neue Infrastrukturen bremsen können, ist eigentlich eine triviale Erkenntnis. Wenn denkbare Investoren in Deutschland etwa vor dem Aufbau eines digitalen Radiosendernetzes (DAB) alle Radiohörer zuhause und im Auto erst einmal veranlassen müssten, ihre rund 300 Millionen UKW-Radios dem Elektronikschrott zuzuführen, wäre dies nur einer der hinderlichen Aspekte. Kein Internetnutzer will glauben, dass sein Internet auch heute auf der 50 Jahre alten Telefonnetzarchitektur mit ihren zwei Kilometer Kupferdoppeladern pro Teilnehmer-Haushalt läuft. Im netztechnisch seit 50 Jahren hoch entwickelten Deutschland stehen aber Investoren inzwischen vor der Frage, ob die technische Beschleunigungsmöglichkeit der Telefon- und Verteil-Kabelnetze sowie der Aufbau neuer LTE-Funknetze eine flächendeckende Glasfaser-

Infrastruktur nicht vollkommen obsolet macht. Bis auf die Glasfaser-Anbieter geben die Netzbetreiber auch darauf bereits klare Antworten, jedoch nicht schriftlich.

Beim Vergleich auf der Website der EU zur Digitalen Agenda fällt ein weiteres, rein wettbewerbsbetontes Ranking ins Auge, das vor allem die jeweilige Durchdringung mit der Akzeptanz von „digitalen“ Diensten und Anwendungen sowie der dazugehörigen Infrastruktur von Kabelnetzen und anderen Sendeeinrichtungen zeigt. Die Statistiken zeigen hier sehr gerne die Prozentzahlen, mit denen sich die EU-Länder seit der Jahrtausendwende entwickelt haben. Die digitalen Fortschritte Estlands oder auch Maltas sind beeindruckend. Dass in den großen Flächenstaaten die „Digitalisierung“ in absoluten Zahlen der getätigten und weiterhin erforderlichen Investitionen eine ganz andere Größenordnung hat, kann leicht übersehen werden. Dass Malta vollversorgt ist, freut jeden Innovationsfreund, aber Malta ist eben kleiner als ein „Weißer Fleck“ mittlerer Größe in Deutschland oder Frankreich, zudem ist es sehr viel dichter mit angeschlossenen und damit kaufkräftigem Bedarf auftretenden Nutzerhaushalten seiner 400.000 Einwohner versehen.

Vergleiche mit *absoluten Zahlen* sind auch in dieser Diskussion unverzichtbar: Die Gesamtzahl der Online-Wähler 2011 in Estland betrug in absoluten Zahlen weniger als die Hälfte der Briefwähler 2013 allein in Hamburg. Dass Hamburg als das zu 100% mit Digitalnetzen am besten versorgte Bundesland anders als Estland keine Online-Wahlen durchführt, hat eben nichts mit „digitaler Spaltung“ oder „technologischer Verschlafenheit“ zu tun, sondern schlicht mit der Tatsache, dass sich beim Online-Wählen noch weniger als bei der Briefwahl eine verfassungsgemäße demokratische, freie, unbeeinflusste *und* geheime Wahl darstellen lässt, wie der CCC schon vor Jahren unwiderlegbar nachwies (Erdgeist 2008).

Es mag sein, dass man diese verfassungsrechtliche Gegebenheit nicht nur in Südkorea und anderen Ländern in der Welt ganz anders sieht. Es mag auch sein, dass Estland das Risiko von Wahlverfälschungen differenziert beurteilt. Dass aber die USA trotz aller Bekenntnisse des Einzelnen zum Patriotismus, trotz der öffentlichen Darstellung der jeweiligen Parteipräferenz bei Wahlen und trotz der Fortschrittsgläubigkeit dieses Risiko eingehen werden, ist ausgeschlossen. Online-Wahlen und sogar schon die testweise eingesetzten digitalen Wahlmaschinen würden das eherne Prinzip der amerikanischen Demokratie „One Man – One Vote“ ins Wanken bringen und dies würde das gesamte politische Spektrum – von der Electronic Frontier Foundation bis zur Teaparty – ohne weitere Diskussion mit Sicherheit ablehnen. Nur „virtuell“ existierende Wahlbürger wird es in den USA niemals geben, die Verfassung samt Amendments sind schließlich keine Vereinssatzung eines Autoclubs. Der Wähler ist untrennbar mit seiner Identität verbunden, es sind keine Identitäts-Experimente wie beim E-commerce-Konsumenten möglich. In anderen Weltregionen jedoch sind solche „Innovationen“ gewiss nicht ausgeschlossen, in Brasilien und China wird es unterschiedliche Zielsetzungen geben.

Wir können festhalten, dass beeindruckende Statistiken auch in vielschichtiger Tabellenkalkulation zwar ein kurzes, aber oft völlig falsches Bild der Realität abgeben. Man muss doch etwas hinter die Kurz-Sachverhalte und das beliebte Summary schauen. Unsere „Warum-Frage“ nach der Innovationszunahme in Ostasien und USA muss zunächst noch weitere unterschiedliche unabänderliche Prinzipien berücksichtigen, die gerade jetzt im Zusammenhang mit „innovativen Startups“ eine Rolle spielen.

Innovationshürden der Netzwelt: Trends verschlafen?

Es ist seit langer Zeit schon hinreichend belegt, dass in der amerikanischen Alltagskultur jedem die „Second Chance“ gerade im Zusammenhang mit Business-Erfolg gewährt wird. Wer mit seinem – für Risikokapitalgeber plausibel erscheinenden – Business-Modell als seriöser Geschäftsmann oder Manager bei der Umsetzung im Markt nicht reüssiert hat, bekommt eine weitere Chance. In Deutschland bekommt ein – ganz gleich in welcher Größenordnung – Gescheiterter keine Chance mehr, und dies lebenslänglich. In allen mir in den letzten Jahrzehnten bekannt gewordenen Fällen blieb bei den Banken nicht einmal ein minimaler Überziehungskredit für das Girokonto. Man kann von Glück sprechen, wenn ein gescheiterter Gründer seine Existenz mithilfe staatlicher Leistungen noch gesichert bekommt.

Dieses weitaus höhere Gründungsrisiko für Startup-Unternehmer hat sich in Deutschland auch über die Unternehmer hinaus auf die Risikobereitschaft von Managern und sogar auf beamtete Entscheidungsträger ausgewirkt. Auch diese Akteure setzen ungern mit einer einzigen Fehlentscheidung ihre ganze Existenz aufs Spiel. Schon während des Internet-Forschungsbooms von 1999 sprachen Kommissionsbeamte in Brüssel ganz offen davon, dass sie die Förderung eines *ergebnisoffenen* Projekts nicht verantworten könnten und die jeweiligen Bewerber aus Wirtschaft und Wissenschaft abweisen müssen. Inzwischen gilt überall, dass es Risikokapital oder Fördergeld nur dann gibt, wenn das Projektergebnis bei der Antragstellung schon vorliegt. Auch die Förderung von Startups durch Großunternehmen entpuppt sich meist als innovative Methode eines risikomindernden Outsourcing.

Man muss dies wissen, wenn man die Gründerstatistiken liest. Seit über 30 Jahren beginnt jede Analyse mit der nur leicht variierten Aussage „Insbesondere Deutschland ist als rohstoffarmes Land auf neue, innovative Unternehmensgründungen angewiesen, um Wohlstand und Lebensqualität zu sichern und auszubauen“. Inzwischen zeige sich aber eine schwache Gründungsdynamik in Deutschland: „Empirische Daten weisen

jedoch darauf hin, dass die Gründungsdynamik in Deutschland im internationalen Vergleich eher schwach ausgeprägt ist. Während die Gründerquote, also der Anteil der Gründer an allen Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren, im Jahr 2001 deutschlandweit noch bei rund 2,9 Prozent lag, sank dieser Anteil fast kontinuierlich auf 1,5 Prozent im Jahr 2012“ (Beckmann 2014, 2).

Auch im europäischen Umfeld sind die „innovativen Startups“ in der Digitalen Agenda mit einem *Startup-Manifesto*, präsentiert von Neelie Kroes, angekommen. Es stecke, so der Vorsitzende des Bundesverbands Deutscher Startups, „noch absolut in den Kinderschuhen. So würden allein 50.000 Deutsche im Silicon Valley leben, und in der San Francisco Bay Area gebe es 500 Startups mit französischem Background. Startup-Gründer könnten sich überlegen: Gründe ich in Berlin, Stockholm, Tel Aviv oder sogar im Silicon Valley?“. Härter noch drückte es ein potentieller Startup-Unternehmer aus, der mir sagte: „Ein Startup kostet zwar zunächst 800 Euro für den Flug nach Kalifornien, am Montag darauf kann man aber schon loslegen. In Deutschland kommt die Genehmigung erst nach neun Monaten, dicht gefolgt vom ersten Bescheid zur Steuervorauszahlung auf künftige Umsätze“. Der Innovation Score Board 2011 sah Deutschland bei der *Einfachheit der Firmengründung* auf Platz 71 in der Welt.

Besonders Kleinst-Startups fielen hierzulande allesamt in die Risikoschwelle bei Förderern, weil auch bei guten Projekten jemand mal ohne Ersatz ausfallen könne. Eine Google-Gründung mit zwei Startern und acht Angestellten könnte es in Europa nicht geben, zumal Garagen als Firmensitz vom Ordnungsamt keine Erlaubnis bekämen. Es kann auch der EU nicht gelingen, solche unterschiedlichen Kulturen zu vereinheitlichen, Europa muss versuchen, seine Vielfalt zu akzeptieren und global aufzutreten. Ein scharfer EU-interner Wettbewerb, wie er sich immer noch darstellt, ist hier kein Lösungsbeitrag. Zu entwickeln wären stattdessen stabilere und kontrollierbarere Kooperationsmodelle für Startup-Cluster.

Schon diese wenigen interkulturellen Differenzen zeigen, dass die Gründe für ein verlangsamtes Innovationswachstum nicht primär bei den Unternehmern und Förderern der neuen Netzwelt zu suchen sind, sondern bei deren Rahmenbedingungen, die zu viele Innovationsschwellen aufweisen. Dennoch wird der überzogene Wettbewerb durch Selbstvorwürfe noch ergänzt. In der Kolumne „Wir Amis“ in Zeit-Online vom 31.12.2013 schreibt Eric T. Hansen anlässlich der Eröffnung des Robo-Stox, des ersten Aktienindex nur für Robotertechnik: „Wer morgen reich sein will, sollte heute in Roboter investieren. Das ist den Amis klar. Doch die Deutschen werden, trotz bester Voraussetzungen, diesen Trend verschlafen“ (Hansen 2013). Deutschland als einer der wichtigsten Produzenten von Industrierobotern weltweit könne schon heute „perfekt mitmischen beim kommenden Boom. Robotertechnik und künstliche Intelligenz werden an erstaunlich vielen deutschen Universitäten erforscht. (ebda.).

Jedoch kamen von deutschen RoboInstituten darauf ernüchternde Antworten: Es fehle „die Entwicklung anspruchsvollerer Hardware mit *entsprechender* finanzieller Unterstützung durch Staat und Industrie“, (HU Berlin), und die TU Darmstadt meinte „Woran es in der deutschen Wirtschaft fehlt, ist die Fähigkeit 'to think very, very big', wie der Gründer von Boston Dynamics jüngst Google beschrieb, wie schon bei MP3, Walkman und Faxgerät“. Der Kommentar des Autors dazu lautete: „Ach ja, das kennt man. In den Siebzigern wurde der Walkman und das Faxgerät in Deutschland erfunden, aber Siemens, Grundig, Bosch und wie sie alle heißen, konnten sich nicht dazu hinreißen, in solch riskante Schnapsideen zu investieren“ (ebda.).

Diese Aussagen über die Schläfrigkeit der Deutschen“ sind ebenso typisch wie bezeichnend.

Der beklagte Mangel an „*entsprechender* finanzieller Unterstützung“ enthält keine Angabe auch nur über die Größenordnung der „erforderlichen“ Kosten. In der Wirtschaftssprache bedeutet das Wort „entsprechend“ so viel wie in der Juristensprache das beliebte Wort „angemessen“. Die einfache Universal-Regel lautet dort: „Wer sich unangemessen verhält, wird angemessen bestraft“. Letzteres ist übrigens auch so ein Powerpoint-Konsens, der sich erst beim genaueren Hinsehen als komplexes Problem bei der praktischen Umsetzung entpuppt.

Die Unfähigkeit „to think very big“ im Zusammenhang mit Google gemahnt an das Vorhaben Deutschlands und Frankreichs von 2006, gemeinsam eine europäische Suchmaschine namens Quaero mit einem bedeutsamen öffentlichen Forschungsbudget in Höhe von 400 Millionen Euro zu entwickeln. Der Vergleich mit Google, gegen dessen Dominanz sich das Vorhaben richtete, machte dann beide Regierungen dann doch verzagt, entsprach diese Summe schon damals gerade mal einem Quartalsgewinn von Google. Der Abbruch des Projekts in statu nascendi war keine Verschlafenheit, sondern hellwacher Realitätssinn auch der beteiligten Spitzen-Institute. Gerade, weil heute wieder einmal gegen die Dominanz von „US-Internetriesen“ der Weckruf in Europa ertönt, sollten alle zur Kenntnis nehmen, dass bei diesem Markt die kleinste ernst zu nehmende Währungseinheit die Milliarde (in echter Währung) ist.

Der Kommentar am Schluss mit „den Firmen Siemens, Grundig, Bosch und wie sie alle heißen“ ist in mehrfacher Hinsicht bezeichnend. Vielfach werden schon seit Jahren gegen die Erfolge außereuropäischer Unternehmen der Internetwirtschaft die nachweislich großartigen historischen Beiträge von deutschen Firmen gestellt, auch wenn diese inzwischen die Telekommunikationsbranche völlig verlassen haben (wie Siemens 2013

mit Ausnahme der mittelständischen CMT), die sogar ihre UMTS-Patente längst verkauft haben (wie Bosch 2007) oder sogar ganz in der Insolvenz verschwunden sind (wie Grundig 2008).

Der unterstellte Verlust einer „Vorreiterfunktion“ (gemeint ist wohl eine „Schrittmacherfunktion“) der deutschen Telekommunikationsbranche ist keine Folge der entstandenen Internetwirtschaft. Deutschland entwickelte erst in den späten siebziger Jahren, zehn Jahre nach den USA und Frankreich, die digitale Vermittlungstechnik, wobei die beiden Systeme im Wettbewerb untereinander zweimal Milliarden DM für ihre Entwicklung kosteten, aber der Absatzmarkt sich nun einmal nicht verdoppeln ließ. Der zweite NetzhHersteller erhielt deswegen nicht mehr ein Drittel des Bundespostmarkts, sondern im Wettbewerb schwankend zwischen 32 und 34 Prozent. Die europäische und die amerikanische Unterhaltungselektronik konzentrierte sich Mitte der achtziger Jahre in Japan, Taiwan und Korea. Die historische Leistung deutscher Unterhaltungselektronik brachte auf dem Weltmarkt nicht einmal einen Werbeeffect oder sonstigen Goodwill, immerhin bekamen ihre Schließungen tief empfundenes Presseecho.

Das „europäische“ ISDN stieß schon in den achtziger Jahren auf ein breites, auch fachpresseöffentliches Misstrauen in den USA, weil eine Supermacht sich doch nicht von einer fremden „europäischen“ Technik abhängig machen dürfe. Erst recht galt dies für das europäische GSM, das von der „Groupe Spéciale Mobile“ des ETSI zum „Global System Mobile Communications“ mutierte. Bei den Folgegenerationen nahmen selbstverständlich nicht nur die USA, sondern auch Firmen aus Ostasien teil. Beim aktuellen Standardisierungskonsortium 5G der EU sind keine deutschen, aber immerhin die verbleibenden europäischen Hersteller vertreten, wenn sie zur Konterfinanzierung in Höhe von 60 Mio. Euro ohne Aussicht auf ein gesichertes Payback aus dem Markt ihre Beiträge leisten. Europäische und deutsche Unternehmen können und sollen in Forschung und Entwicklung ohne jegliche Einschränkung kooperieren, nur über die Frage des Payback für die einzelnen Investoren sollten sie besser nicht einmal sprechen, dies könnte ja eine Marktabsprache sein. Woher die – geschätzt – zehnfachen Entwicklungskosten kommen werden und ob es mehrere Anbieter der fünften Funkgeneration geben soll, steht dahin.

Noch eine Anmerkung zur Innovations-Rolle der USA. Schon seit den achtziger Jahren habe nicht nur ich mehrfach erlebt, dass deutsche Patentanwälte und Patentingenieure bei der Präsentation von Patentideen dringend empfohlen, diese Idee schnell nach USA zu exportieren und sie dann als „amerikanische Idee“ mit größerer Erfolgsaussicht zu reimportieren.

Handlungsbedarf für Innovation

Wer also etwas für die Innovation tun will, muss also etwas auf dem Marktplatz und bei dessen Rahmenregeln tun (vgl. Klumpp 1996). Wie gezeigt, können dies regulierende oder kontrollierende Interventionen sein, aber auch die Transformation erkannter künftiger Bedürfnisse in heutigen Bedarf, also in klare verbindliche Ziele.

Die EU-Kommission schlug dazu für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates Ende September 2013 vor: „Das allgemeine Ziel des Vorschlags ist es, zu einem Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation zu gelangen, in dem Bürger und Unternehmen, ohne grenzbedingte Beschränkungen oder ungerechtfertigte Zusatzkosten, Zugang zu elektronischen Kommunikationsdiensten haben, unabhängig davon, an welchem Ort in der Europäischen Union diese angeboten werden, sowie Unternehmen, die elektronische Kommunikationsnetze und -dienste anbieten, diese überall betreiben und bereitstellen können“ (EU Verordnungsentwurf 26.9.2013). Die Begründung dafür ist die bekannte Formulierung: „Europa muss neue Quellen für Wachstum erschließen, um seine Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen, die Innovation anzukurbeln und *neue Arbeitsplätze* zu schaffen. Die Weltwirtschaft entwickelt sich hin zu einer Internetwirtschaft, weshalb die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Quelle eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums uneingeschränkt anerkannt werden sollten“ (ebenda).

Und zur Anreicherung der Statistik entdeckte auch die EU-Verwaltung zum wiederholten Male die Wirkung von vernetzten Technologien auf alle Branchen: „Europa kann es sich nicht leisten, die Vorteile vernetzter Technologien unbeachtet zulassen, auf die – bezogen auf alle Wirtschaftszweige – 50% der Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre entfielen, durch die für zwei verlorengegangene Arbeitsplätze fünf neue geschaffen werden, und die ein Motor für innovative neue Dienste sind, die sich rasch einen Weltmarkt erschließen, wenn sie expandieren können“ (EU 2013). Eine solche Abhängigkeit der Innovation von einem Instrument wie dem Netz hat es nicht gegeben, seit alle Branchen sich vor 50 Jahren mit der Schreibmaschine und dem Telefon produktiver und konkurrenzfähiger gemacht haben.

Für die Branche der Telekommunikation schlug in aller Deutlichkeit dazu die Deutsche Telekom schon Anfang November 2013 in einem Positionspapier Alarm: „Die Telekommunikation als kritische und systemrelevante Netzindustrie ist im Vergleich mit den USA und Asien nur noch eingeschränkt konkurrenzfähig“, die europäischen IKT-Unternehmen verlören sukzessive an Bedeutung, die einst bedeutende Stellung der Europäer auf dem Weltmarkt sei verloren gegangen. Der Aufstieg von globalen Unternehmen wie Samsung und Apple und der Niedergang der europäischen Branche wie Nokia bedeuteten die Erosion der technologischen Basis in Europa. Der Internetmarkt werde von wenigen globalen Internetfirmen dominiert. Die Unternehmenswerte der

„Großen Vier“ der Internetwirtschaft (Google, Apple, Facebook, Amazon) wögen fast den Wert der gesamten 30 DAX-Konzerne auf. Erwartungen von Investoren in die Ertragskraft dieser Unternehmen überstiegen die Werte europäischer Unternehmen um ein Vielfaches. Diese Verschiebung hat zur Folge, dass die europäischen Unternehmen zu Übernahmekandidaten werden. Investitionen in den Aufbau der Netze der nächsten Generation können aufgrund des globalen Wettbewerbs nicht im erforderlichen Umfang getätigt werden (DTAG 2013, 2).

Gegen dieses Untergangsszenario, das auch das eigene Unternehmen nicht ausschließt, setzt das Positionspapier der Deutschen Telekom – in der gebotenen Kürze, es sollte ja schon in den Koalitionsverhandlungen gelesen werden – vor allem wirtschaftspolitische Maßnahmen für die Branche: „Zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedarf es einer aktiven industriepolitischen Gestaltung (Vision) im Einklang mit den europäischen Verträgen. Im Mittelpunkt dieser Gestaltung müssen eine Deregulierung (Bürokratieabbau) sowie eine Marktkonsolidierung innerhalb aller EU-Mitgliedsländer stehen, ebenso wie die Förderung EU-industriegemeinschaftliche Anstrengungen z.B. bei europäischen Industriestandards. In gleichem Maße, wie es den USA und Asien möglich ist, strategische Allianzen, Partnerschaften und Unternehmensverbände zu motivieren und staatlich zu unterstützen, gilt es die europäische Marktmacht und Know-how zu bündeln. Die europäische Industrie darf nicht länger unter Kartellverdacht gestellt werden, sondern muss geeint und gestärkt werden, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können“ (DTAG, 3).

Wie eine industriepolitische Gestaltung gleichzeitig mit dem Wegfall von Regulierung realisiert werden könnte, steht dahin. Immerhin fällt auf, dass die Innovation (also Umsetzung von Inventionen im Markt) zunächst nicht mehr angestrebt wird, sondern umfangreiche Unternehmenskonzentration und Sicherung des Europäischen Marktes. Die industriepolitische Gestaltung wird dabei mit der größtmöglichen „Vision“ im Stil der historischen Mondlandevision Kennedys sogar mit Zielerreichungsdatum formuliert: „Ziel muss es sein, dass *Europa und Deutschland innerhalb der nächsten 10 Jahre wieder eine Führungsrolle bei der TK-Infrastruktur, bei Soft- und Hardware sowie bei Internetdiensten* übernimmt. Dazu müssen Prioritäten, Konsistenz und Glaubwürdigkeit über alle Politikbereiche sichergestellt werden. Wirtschaftspolitik, Wettbewerbspolitik, Förderpolitik, Forschungspolitik, Innen- und Rechtspolitik müssen an einem Strang ziehen“ (DTAG 2013).

Eine solche Führungsrolle hat die Telekommunikationsbranche in Deutschland und Europa seit 30 Jahren mehrfach angestrebt, diese jedoch bekanntlich nicht erreicht. Deutschland ist – wie auf dem jährlichen IT-Gipfel der einstigen Initiative D21 nur beiläufig erwähnt wird – überall *IKT-Nettoimporteur*. Speziell in Deutschland zeigen das geräuschlose völlige Verschwinden des einstigen Marktführers Siemens und die Reduzierung der deutschen Arbeitsplätze der französisch-amerikanischen Alcatel-Lucent auf noch fünf Prozent der Zahl von 1978, dass die Führungsrolle nicht mehr auf Seiten der deutschen Hersteller und Technologieunternehmen realisiert werden wird. Der Deutschen Telekom wird nachgesagt, dass sie sich schon binnen fünf Jahren wegen des Kostendrucks hinsichtlich der Arbeitskräftestruktur auf das Niveau ihrer Wettbewerber hin auf ein Drittel der heutigen Mitarbeiter zurückentwickeln muss. Die nunmehr wieder geforderte „Konsistenz aller Politikbereiche“ in Deutschland bestand seit dem 8. April 1981 darin, das staatliche Netzinfrastuktur- und Dienste-Monopol zugunsten der Verbraucherpreise erfolgreich aufzulösen. Und wichtiger noch: *kein Steuergeld mehr für die Netzinfrastuktur*, im Gegenteil. Es ist eine Ironie der Wirtschaftsgeschichte, dass der dem Maastricht-bedrohten Bundeshaushalt zugeführte Erlös aus der Frequenzauktion des Jahres 2000 dieselbe Summe – rund 60 Milliarden Euro – betrug, die heute rein kalkulatorisch für den Aufbau eines nahezu flächendeckenden Glasfasernetzes zu jedem Haushalt erforderlich wäre.

Ein konkreter Vorschlag zur Harmonisierung der Politikbereiche in einer „konvergenten“ Medienwelt kam Ende 2013 vom Landesmediendirektor Hamburg Thomas Fuchs, der die Kompetenzen der 14 deutschen Medienanstalten in einer zentralen Behörde bündeln, nach Schweizer Vorbild auch Themen wie Netzinfrastuktur, Lizenzierung und kartellrechtliche Belange der Medienkonzentration in einer Behörde zusammenfassen würde. Eine unabhängige Medien- und Kommunikationsbehörde wäre mit Medienaufsicht, Telekommunikationsrecht und Wettbewerbsrecht in der Tat eine Bereinigung der föderal bedingten zersplitterten Zuständigkeiten auch und gerade für Innovationen im Netz. Der Vorschlag wurde in der Netzgemeinde mit dem Hinweis abgeschmettert, da wolle sich nur jemand Pöstchen sichern. Die neue Bundesregierung bringt diesen pragmatischen Vorschlag offensichtlich nicht in eine Föderalismusreform ein, sondern verteilte die Bundes-Netzpolitik einigermaßen gleichmäßig auf die Schultern von derzeit mindestens acht Ressorts.

Hinsichtlich der geforderten Industriepolitik ist aber gemäß dem European Competitiveness Report eine inventionsgeprägte Hochtechnologie nicht mehr vorrangiges Ziel, es „könnte sinnvoller sein, den Anteil der wissensintensiven Produkte in allen handelsfähigen Wirtschaftszweigen, einschließlich der Branchen mit mittlerem bis niedrigem Technologieniveau und der Branchen, die hochwertige Technologien nutzen, zu steigern, als ausschließlich auf Hochtechnologie-sektoren zu setzen“ (European Competitiveness Report, 2). Außerdem seien „diese Branchen besser als die Hochtechnologiebranchen dazu geeignet, die *hohe Arbeitslosigkeit in der EU* in den Griff zu bekommen“ (ebenda).

Das Stichwort „Arbeitsplätze“ ist bekanntlich für die nationale Politik entscheidend. Auch eine „an einem Strang ziehende“ Politik wird von den Wählern in Deutschland und EU nicht für Invention und Innovation belohnt,

sondern nur für die Sicherung oder möglichst sogar den Aufbau von Arbeitsplätzen. Die oft mit *Innovation gleichgesetzte Digitalisierung* bringt in der Wertschöpfungskette bei den Bauelemente- und Netzausrüstungs-Herstellern, bei den Netzbetreibern und selbst bei den Dienstbetreibern nicht massenhaft Arbeitsplätze. Die Szenarien einer „Industrie 4.0“ camouffieren nur mühsam die in diesem Leitbild enthaltenen ungeahnten Rationalisierungsreserven. Hingegen gibt es insgesamt in den „digitalen“ Branchen wenigstens Wachstum: Dieter Kempf, Präsident des Branchenverbands Bitkom, konnte mit einer aktuellen Studie daher die Deutschen etwas beruhigen: „Pro Jahr liegt der Wachstumsbeitrag durch die Digitalisierung für die bundesdeutsche Wertschöpfung bei rund 0,5 Prozentpunkten.“Der Wachstumsimpuls von 145 Milliarden Euro entspricht etwa der gesamten Bruttowertschöpfung einer Nation wie Finnland“ (Kempf 2014).

Die EU bleibt auf ihrer Linie, anstelle von Industriepolitik vor allem den Verbraucher vor Kostensteigerungen zu schützen. So ist eine Reform der EU-Richtlinie über Funkanlagen für ein einheitliches Ladegerät auf dem Weg, eine Forderung, zu der sich auch Bitkom schon 2009 bekannte. Mobiltelefonhersteller und andere Produzenten tragbarer Geräte müssen ihren Kunden künftig einen universellen Stecker zum Laden von Smartphones und Tablets mitliefern, um Kosten und Müll zu sparen. Aus den Zeiten deutscher Handy-Produktion ist noch bekannt, dass die Hersteller absichtlich unterschiedliche Ladegeräte vorsahen, weil sie an den Handys im ruinösen Wettbewerb nichts mehr verdienen konnten, hingegen bei den Ladegeräten auf dem Markt noch das Fünffache der Herstellkosten verdienten. Solche Nebenmärkte kann die EU zugunsten des Verbrauchers austrocknen, so wie sie den Betreibern die gute Einnahmequelle „Roamingkosten“ sukzessiv versiegen lässt.

Dies trifft als Rahmenbedingung auch die amerikanische und ostasiatische Branche, die hinsichtlich der Einnahmen seit Jahrzehnten ebenfalls *unrettbar in der Flatrate-Falle* sitzt. Es ist in der Digitalwirtschaft – wohl erstmals in der Wirtschaftsgeschichte – der Fall gegeben, dass teure Inventionen und Innovationen sich aus kontinuierlich sinkenden Einnahmen finanzieren sollen. Die Betriebswirtschaft hat dagegen ein Arsenal von Kostensenkungsmaßnahmen aufgebaut, das vor allem den teuersten Teil, die menschliche Arbeitskraft reduziert. Die Umsatzsteigerung (für Betriebswirte ein Ziel jeder Unternehmung) ist weltweit schon das Instrument einer „*innovativen Obsoleszenz*“ in voller Blüte. Wie kluge Informatiker sagen, ist Obsoleszenz von Anfang an sogar ein Wesensbestandteil der Software. Was in der Hardware-Welt eine „Reparatur“ ist, nennt man in der Software-Zeit eben „Release“ oder vergibt gefühlte Innovations-Prädikate wie „Vier-Punkt-Null“ fortfolgende.

Sowohl hinter der deutschen wie der europäischen Forderung, aus Anlass des NSA-Skandals ein deutsches oder besser noch ein „Schengen-Netz“ zu bauen, für dessen Notwendigkeit als Beispiel die E-Mail herhalten muss, die „unnötig über den Atlantik läuft“, steht die völlige Unkenntnis der inzwischen realisierten technischen Netzarchitektur, aber auch des Geschäftsmodells. Man kann – zum Vergleich mag der Dauerstau in Peking dienen – eine gewachsene Großstadt, die zu kleine Straßen aufweist, nicht auf eine Stadt mit breiten Straßen hin umbauen. So etwas geht nur auf der grünen Wiese, die wir in Europa hinsichtlich des Netzes noch in den neunziger Jahren hatten. Ein einheitliches Universalnetz ist nicht mehr erreichbar, hingegen könnten neue softwaredefinierte Netze – etwa für Zwecke der Verwaltung, der Zahlung, des Notrufs und der Mobilität – durchaus ein europäisches Zehnjahresziel sein.

Entsprechendes gilt für das Business-Modell: Mit E-Mail wird nichts verdient, nicht einmal bei Google. Vielmehr lebt eine Suchmaschine (genau wie Facebook) von Werbekunden, die zudem Nachweise darüber fordern, dass ihre Werbung nicht nur millionenfach geklickt, sondern auch tatsächlich von potentiellen Endkunden gesehen wird. Deswegen ist auch das „Auspähen“ von Logfiles und nicht von Webwasher ausgefilterten Seiten gegenüber dem Auftraggeber der Werbung für den Dienstbetreiber elementar wichtig. Dem Werbekunden ist es völlig gleichgültig, ob seine Werbung über den Atlantik läuft, er braucht aber einen Nachweis wie in der guten alten Zeitschriftenwelt, in der unter anderem die Auflage einen Seitenpreis bestimmte. Dass dabei als Nebenergebnis ein Profil mit personenbezogenen „privaten“ Daten entsteht, ist eben vermutlich „technologisch“, da muss man wohl tapfer *mit Governance und Codizes* dagegen halten. Soziale Technikgestaltung ist für einen Standort in allen Sektoren schwierig, in denen der Standort hinsichtlich des Designs nicht autonom oder wenigstens koalitionsfähig ist. Der Standort Deutschland hat heute keine „Gestaltungshoheit“ mehr, die Gewichte haben sich in mehr als zwanzig Jahren weltweit verschoben. Beim heutigen Netz bleibt uns nichts anderes als „konviviale“ Adaptation. In vielen Ländern dieser Welt will man vielleicht eher die heutigen Zustände des Netzes beibehalten.

Denkbar ist auch, gemeinsam in Europa *einen* innovativen Weg zu suchen, der zum Beispiel die personenbezogenen Daten vor Missbrauch schützt. Die EU oder die Bundesregierung können dafür zwar kein Startup fördern, aber sie könnten vor dem Hintergrund des Netzmarktwerts Deutschland einen solchen Innovationsrahmen durchaus als Zehnjahresziel erarbeiten. In einer globalisierten Wirtschaft kann bei einer präzisen Rahmensetzung eine gegebene relevante Marktnachfrage auch bei importierten Technologien und Systemen die erwünschte gesellschaftliche Qualität (wie Rechtskonformität, Nachhaltigkeit, Nutzerschutz) erwirken. Damit sollte sich Europa allerdings beeilen. Die jetzt erst mit Nachdruck einsetzende Diskussion in den USA um den hohen Wert der „Privacy“ könnte sogar dazu führen, dass sie auch für solche Netze plötzlich

eine Führungsrolle bekommen. Wir wissen, dass die Amerikaner dann sehr schnell handeln können, wenn sie ihren „American Way of Life“ schützen wollen. Die Wissenschaft in Berkeley ist seit Jahren bestens darauf vorbereitet. Notwendig für eine nachhaltige Innovationsförderung wäre in Deutschland und Europa also vor allem die völlige Abkehr vom wettbewerbsbetonten Partikularismus, der nicht nur die digitale Wirtschaft, sondern auch Wissenschaft und Gesellschaft erfasst hat. Ein solcher „innovativer Diskurs“ wäre auch ein Gegengewicht zu den europawidrigen Kräften. Damit ist auf die Eingangsfrage der Veranstalter auch das bündige „Ja“ vermieden.

Literatur

- BDI, Deutsche Telekom Stiftung (2011): Innovationsindikator. Ein Vergleich der Innovationsfähigkeit in den wichtigsten Industrieländern. www.innovationsindikator.de.
- Beckmann Fabian / Schönauer Anna-Lena, Die Zukunft der Wirtschaftsförderung: Zum Re-Design von Gründungsförderung, in: WISO direkt, Bonn 1/2014, S. 1-4
- Borbély, Emese, J. A. Schumpeter und die Innovationsforschung, in: International Conference on Management, Enterprise and Benchmarking, Budapest 2008
- (http://kgk.uni-obuda.hu/sites/default/files/33_BorbelyEmese.pdf)
- DTAG-Positionspapier; "Strategie zur Stärkung der europäischen Telekommunikationsindustrie", veröffentlicht von Wirtschaftswoche, 13.11.2013 (www.wiwo.de, Suchwort Telekommunikationsindustrie)
- Erdgeist, Bundesverfassungsgericht beendet elektronisches Wahlroulette, 2009-03-04 22:45:59 <http://www.ccc.de/de/updates/2009/wahlcomputer-urteil-bverfg>
- Erdmann Vera / Koppel, Oliver / Lotz, Sebastian / Plünnecke, Axel, Innovationsmonitor 2012 – Die Innovationskraft Deutschlands im internationalen Vergleich. Eine Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Forschungsbericht Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 2012
- Fucks, Wilhelm, Formeln zur Macht, dtv 1961
- Hansen, Eric T., Das nächste große Ding, in: Zeit Online vom 31.12.2013
- Internet & Gesellschaft Collaboratory, Innovation im Digitalen Ökosystem. Abschlussbericht Expertengruppe der 6. Initiative. Berlin, Dezember 2012, www.collaboratory.de
- Liu, Wan-Hsin, Chinas Aufbruch vom Produktions- zum Innovationsstandort, in: IfW-Highlight, Kiel 2009, S.11f
- Pohlmann, Markus, Innovationen im internationalen Vergleich – Der asiatisch-pazifische Raum, in: Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), WSI Mitteilungen 3/2005, Düsseldorf 2005, S.156-161
- Schulz, Martin, Warum wir jetzt kämpfen müssen, in: FAZ.net vom 6.2.2014
- Startup Europe Leaders Club, Manifest für Entrepreneurship und Innovation zur Wachstumsförderung in der EU. Überwindung von Hindernissen für wirtschaftliches Wachstum, Brüssel, September 2013 (<http://startupmanifesto.eu/>)
- Vogelsang, Ingo, Infrastruktur und Services – Das Ende einer Verbindung? Münchner Kreis München, 27. Februar 2007, (www.muenchner-kreis.de/pdfs/Infrastruktur+Services/Vogelsang.pdf)
- Zuboff, Shoshana, Die neuen Massenausforschungswaffen. Wir haben einen epochalen Kampf zu bestehen – eine Antwort auf Martin Schulz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.2014, S.33